

Wilfried von Bredow

Analyse von Sicherheits- und Militärpolitik. Deutschland seit der Vereinigung

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Vorwort

Die deutsche Sicherheitspolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte ist von tiefgreifendem Wandel bestimmt: Vereinigung zweier deutscher Armeen im Zuge der deutschen Einheit, Umbau der Bundeswehr zur Armee im Einsatz, zugleich Abbau ihrer Mannschaftsstärke und ‚Einfrieren‘ der Wehrpflicht. Aber auch auf internationaler Ebene gab es gravierende Veränderungen: ‚neue‘ Kriege, humanitäre Intervention, Kampf gegen Terroristen und ein sich wandelnder Begriff von Sicherheit sind nur einige der Stichwörter. Die Politikwissenschaft bietet ein nützliches Instrumentarium, um diesen Wandel und seine politischen Implikationen zu verstehen und zu erklären.

Der vorliegende Kurs nimmt im Vertiefungsbereich des BA-Studiengangs „Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft, Soziologie“ somit eine wichtige Stellung ein. Er führt ein in die politikwissenschaftliche Beschäftigung mit sicherheitspolitischen Fragen als einem immer noch zentralen Sachbereich der internationalen Politik. Zugleich nimmt der Kurs auch eine militärsoziologische Perspektive ein, welche das Militär ernst nimmt als Großorganisation mit besonderem Auftrag, der tödliche Konsequenzen haben kann – wie inzwischen auch Deutschland erfährt. Primär geschieht das am Beispiel der deutschen Militär- und Sicherheitspolitik. Ergänzt wird das einerseits durch vergleichende Blicke auf Nachbarstaaten; andererseits durch die Analyse der Einbindung deutscher Militär- und Sicherheitspolitik in europäische Sicherheitspolitik, NATO und UNO. Den Studierenden werden dadurch eigene Forschungsperspektiven zur vergleichenden Analyse der Militär- und Sicherheitspolitik anderer Staaten wie zur internationalen Sicherheitspolitik eröffnet.

Unser Dank gilt in erster Instanz dem Autor, der erneut sein umfassendes Wissen zur Materie für unsere didaktischen Zwecke fruchtbar gemacht hat. Gerade auch bei der Vorbereitung des vorliegenden Kurses wurde die jahrelange Beziehung zwischen Autor und Lehrgebiet weiter vertieft. Im Lehrgebiet sei hierbei Martin List für die Betreuung in der Entstehungsphase gedankt sowie ihm und Jan Broekmans für die Erstellung der endgültigen Druckvorlage.

Hagen, im Juni 2013

Dr. Angela Oels, Lehrstuhl Politikwissenschaft II, FernUniversität in Hagen

Wilfried von Bredow

Prof. em. Dr. phil. Dr. h.c. (Wilfrid Laurier University, Waterloo, Ontario)

Homepage: <http://www.staff.uni-marburg.de/~vonbredow>

Akademischer Werdegang

Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie und Literaturgeschichte an den Universitäten Bonn und Köln. Lehrer: Karl Dietrich Bracher, Hans-Adolf Jacobsen (Pol.); René König (Soz.); Benno von Wiese (Lit.).

Promotion 1969 am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn mit einer Dissertation über die Institution des Wehrbeauftragten (Betreuer: K. D. Bracher).

Wissenschaftlicher Assistent und Akademischer Rat am Seminar für Politische Wissenschaft in Bonn; 1972 Berufung auf eine Professur für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.

Längere Auslandsaufenthalte als Research Fellow am St. Antony's College, Oxford, als Gastprofessor am Institut d'Etudes Politiques de l'Université de Toulouse, als Fulbright Guest Professor am Manchester College, North Manchester, Indiana, als Visiting Professor for German and European Studies an der University of Toronto, als Gastprofessor an mehreren anderen kanadischen Universitäten, am Institut d'Etudes Politiques der Université de Lille und an der Nanhua University in Chiayi, Taiwan.

Diefenbaker Award des Canada Council.

Hauptarbeitsfelder

- Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands;
- Ost-West-Konflikt und transatlantische Beziehungen;
- Politik, Kultur, Gewalt

Empfohlene Literatur

von Bredow, Wilfried (2008): Militär und Demokratie in Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden.

Leonhard, Nina/Werkner, Jacqueline (Hg.) (2012²): Militärsoziologie. Eine Einführung. Wiesbaden.

Williams, Paul D. (Hg.) (2013²): Security Studies. An Introduction. Abingdon und New York.

Tabellen und Übersichten

Tabelle 1: Personalentwicklung der Bundeswehr 1956 - 1990

Kap. 5: S.93

Tabelle 2: Zahl der Anträge auf KDV nach Kalenderjahren

Kap. 10.2.2: S.168

Tabelle 3: Bestandszahlen von Zivildienstleistenden im Jahresdurchschnitt

Kap. 10.2.2: S.169

Tabelle 4: Zahl der Grundwehrdienst und freiwillig länger Wehrdienst Leistenden

Kap. 10.2.2 S.170

Tabelle 5: Schrumpfender Anteil der Wehrdienstleistenden pro Geburtsjahrgang

Kap. 10.3.2: S.172

Tabelle 6: Geringe Akzeptanz von militärischer Macht und Gewalt (in Prozent)

Kap. 13.3.1: S.216

Tabelle 7: Einstellungen zu den Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Ausland (in Prozent)

Kap. 13.3.1: S.216

Tabelle 8: Sinkende Zustimmungsrates zur deutschen Beteiligung an ISAF

Kap. 14.3: S.228

Übersicht 1: NATO's langer Abschied von der Wehrpflicht

Kap. 10.2.1: S.166/167

Übersicht 2: Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1999

Kap. 13.1.1: S.209

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei!

Inhaltsverzeichnis

Wilfried von Bredow	1
Vorwort	2
1 Sicherheit, Sicherheitspolitik und organisierte Gewalt	1
1.1 Sicherheit als Zielwert.....	1
1.1.1 Sicherheit, umfassend	2
1.1.2 Auf den Staat bezogen	2
1.1.3 Wieder in erweiterter Perspektive.....	4
1.2 Internationale Sicherheitsstudien (ISS).....	5
1.3 Sicherheits-Theorie-Konzepte.....	8
1.3.1 Grundfragen	11
1.3.2 Realismus	12
1.3.3 Liberalismus (Liberaler Internationalismus).....	13
1.3.4 Konstruktivismus	14
1.3.5 Weitere Ansätze	15
1.4 Staats-Sicherheit und <i>Human Security</i>	16
1.5 Gewalt, Ordnung, Sicherheit	18
2 Krieg, Kriegsbilder und Streitkräfte	21
2.1 Krieg als Normalität	21
2.1.1 Arbeitsbegriffe	21
2.1.2 Krieg und Tod	23
2.1.3 Ambivalenz des Krieges	25
2.2 Kriegsbilder und Kriegsformen.....	25
2.2.1 Kriegsbilder in Europa	27
2.2.2 Modernisierung des Krieges	28
2.2.3 Nuklearkrieg.....	29
2.3 Neue Kriege.....	30
2.3.1 Merkmale	30
2.3.2 Neue Kriege und Staatlichkeit	31
2.3.3 Kritik	32
2.3.4 Neue Kriege – Kriegsform oder Kriegsbild?	33
2.4 Streitkräfte	35
2.4.1 Vormoderne	36
2.4.2 Moderne	36
3 Frieden, Demokratie und Sicherheit	39
3.1 Frieden als Ausnahme	40
3.1.1 Friedensideen in der europäischen Geschichte	40
3.1.2 Friedensbegriffe	42
3.2 Demokratie und Frieden.....	43
3.2.1 Demokratischer Frieden.....	44
3.2.2 Securitization	46
3.3 Nationale Sicherheitspolitik	47
3.3.1 Organisatorische Verankerung.....	48
3.3.2 Sicherheit mit militärischen Mitteln	49
3.4 Sicherheit im internationalen System.....	50
3.4.1 Kooperative Sicherheit.....	50
3.4.2 Regionale Sicherheit	52
4 Humanitäre Intervention und Human Security.....	55
4.1 Definitionen.....	55
4.1.1 Humanitäre Intervention	55

4.1.2	Human Security	56
4.2	Interventionskasuistik	57
4.2.1	In den 1990er Jahren.....	57
4.2.2	Die Internationale Schutzverantwortung	59
4.3	Entscheidungsprobleme	61
4.3.1	Nationale Interessen und internationale Solidarität.....	61
4.3.2	Der Zeitfaktor	62
4.3.3	Entscheidungs-Gründe als Mosaik	63
4.4	Keine Komplexitätsreduktion	64
4.4.1	Zivile und militärische Aspekte.....	64
4.4.2	Interventionsparadoxien	65
4.5	Fallbeispiel Libyen/Syrien seit 2011	66
4.5.1	Libyen.....	67
4.5.2	Syrien.....	69
4.5.3	Vergleich und Fragen	70
5	Die Bundeswehr und die politisch-militärische Kultur der Bundesrepublik Deutschland bis 1990.....	73
5.1	Die politisch-militärische Kultur Deutschlands bis 1945	74
5.1.1	Politische und militärische Kultur	74
5.1.2	Militarismus, deutsche Version	75
5.1.3	Totale Mobilmachung für den Krieg	77
5.2	Vor der Gründung der Bundeswehr	80
5.2.1	Das Niederlagen-Chaos	80
5.2.2	Von außen kontrollierter Regimewechsel	81
5.2.3	Beginn des Kalten Krieges	82
5.3	Wiederbewaffnung, keine Remilitarisierung	83
5.3.1	Der Weg nach Andernach.....	83
5.3.2	Der Preis der Wiederbewaffnung	84
5.3.3	Die Kosten der Wiederbewaffnung	86
5.4	Strategische Funktionen im Bündnis	86
5.4.1	Nuklearstrategie.....	87
5.4.2	Abschreckung und Verteidigung	89
5.4.3	Dilemma einer Bündnisarmee	90
5.5	Organisation der neuen Streitkräfte	92
5.5.1	Anfangsschwierigkeiten	92
5.5.2	Minister-Reigen	94
5.5.3	Ende einer Epoche	94
6	Neue Herausforderungen.....	97
6.1	Verschiebung des Bedrohungs-Spektrums	98
6.1.1	Harte und weiche Macht.....	98
6.1.2	Bedrohungen, Risiken, Gefahren.....	99
6.2	Ursachen gegenwärtiger und künftiger Kriege	101
6.2.1	Konflikt-Panorama	101
6.2.2	Aufgaben für die Streitkräfte	102
6.3	Kontinuität und Wandel militärischer Kulturen	103
6.3.1	Kontinentaleuropäische Länder	103
6.3.2	Großbritannien.....	104
6.3.3	Parallele Trends	105
6.4	Private Konkurrenz oder neue Arbeitsteilung?.....	106
6.4.1	Söldner und paramilitärische Milizen.....	106
6.4.2	Private Military Corporations (PMC).....	106
6.5	Deutschlands sicherheitspolitischer Status	108

6.5.1	Gestiegene Erwartungen	108
6.5.2	Auf Zehenspitzen zu einer robusteren Sicherheitspolitik	109
7	Strukturreform der Bundeswehr	111
7.1	Übernahme der Nationalen Volksarmee	111
7.1.1	Die Loyalität der NVA-Soldaten	111
7.1.2	Armee der Einheit	112
7.1.3	Zahlen.....	113
7.2	Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 2004..	114
7.2.1	Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat	115
7.2.2	Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht.....	116
7.2.3	Leitsätze der Gerichtsentscheidung	117
7.3	Reformen in kleinen Schritten.....	118
7.3.1	Schwarz-gelbe Bundeswehrpolitik bis 1998.....	118
7.3.2	Rot-grüne Bundeswehrpolitik bis 2005	119
7.3.3	Reformen vor düster werdendem Hintergrund	121
7.4	Transformation	122
7.4.1	US-Export	123
7.4.2	Transformation auf Deutsch.....	124
7.4.3	Cultural lag.....	125
7.5	Neuausrichtung der Bundeswehr seit Ende 2009.....	126
7.5.1	Die kurze Ära des Ministers zu Guttenberg.....	126
7.5.2	Kontinuität mit leichten Korrekturen.....	128
7.5.3	Probleme und Schwierigkeiten	129
8	Innere Führung.....	131
8.1	Doppelte Bewährungsprobe	131
8.1.1	Ausgangsbedingungen in den 1950er Jahren.....	132
8.1.2	Gebrauchs-Definition.....	133
8.1.3	Innere Führung nach 1990	135
8.2	Rückblick auf die ‚alte‘ Bundeswehr	136
8.2.1	Inhaltliche und institutionelle Umsetzungsperspektiven	136
8.2.2	Gründungsphase.....	138
8.2.3	Entwicklungsschübe und Stagnation	139
8.3	Innere Führung ‚im Einsatz‘	141
8.3.1	Problem Auslandseinsätze	142
8.3.2	Der ‚hybride‘ Soldat.....	143
8.3.3	Zentrale Dienstvorschrift 10/1	145
9	Parlamentarische Verantwortung.....	149
9.1	Verantwortung für die Innere Führung	149
9.1.1	Demokratische Kontrolle	149
9.1.2	Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages	151
9.2	Streitkräfte zur Verteidigung.....	153
9.2.1	Bundeswehr-Auftrag und Grundgesetz.....	153
9.2.2	Keine Stunde der Exekutive.....	154
9.3	Das Parlamentsbeteiligungsgesetz	156
9.3.1	Legitimation durch Verfahren.....	156
9.3.2	Der Gesetzestext vom 18. März 2005	157
9.3.3	Beispiel: AWACS in Afghanistan	159
9.3.4	Perspektiven	161
10	Fallstudie: Abschied von der Wehrpflicht	163
10.1	Allgemeines zur Wehrpflicht	163
10.1.1	Wehrpflicht und Nation	164

10.1.2	Wehrpflicht und der Aufstieg der Massenarmeen	164
10.2	Wehrpflicht in der Bundeswehr	165
10.2.1	Echte und unechte Wehrpflichtarmeen.....	166
10.2.2	Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst	167
10.3	Der letzte Streit um die Wehrpflicht.....	170
10.3.1	Rückblick: Begründungen der Wehrpflicht aus den 1970er Jahren 170	
10.3.2	Gründe für die Beibehaltung der Wehrpflicht nach 1990	171
10.3.3	Hinhaltender Widerstand ohne Erfolg	173
10.4	Konsequenzen für das zivil-militärische Verhältnis	177
11	Deutschland und die NATO	179
11.1	Bedrohung und Schutz	179
11.1.1	Die Bundesrepublik Deutschland - <i>Kind der NATO?</i>	180
11.1.2	Die assignierte Bundeswehr	181
11.2	Nach 1990 – Mission erfüllt, Bündnis überflüssig?.....	182
11.2.1	Bündnis-Zweck.....	182
11.2.2	Sonderfall.....	183
11.3	Neue Aufgaben	184
11.3.1	Öffnung nach Osten.....	184
11.3.2	Atlantik-Brücke	185
11.3.3	Das Problem der Augenhöhe.....	186
11.4	Strategische Neuausrichtung.....	187
11.4.1	Strategie-Anpassungen	188
11.4.2	Künftig kleinere Brötchen?.....	190
12	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	193
12.1	Militärische Integration im Nachkriegseuropa	193
12.1.1	Staat und Streitkräfte	193
12.1.2	Die gescheiterte Europäische Verteidigungsgemeinschaft.....	194
12.2	Europäisierung der deutschen Sicherheitspolitik.....	195
12.2.1	Von der deutsch-französischen Brigade zum Eurokorps.....	195
12.2.2	Zu viele Köche?.....	197
12.3	Sicherheitspolitische Baustelle Europa.....	197
12.3.1	Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).198	
12.3.2	Ein anderer sicherheitspolitischer Denkstil?	199
12.4	Transformation europäischer Streitkräfte	201
12.4.1	Das ferne Ziel: Europa-Armee.....	201
12.4.2	Pragmatische Unentschlossenheit.....	202
12.4.3	Unterschiedliche Transformationswege	203
13	Auslandseinsätze der Bundeswehr	207
13.1	Was sind Auslandseinsätze?	207
13.1.1	Auslandseinsätze vor und nach 1990.....	208
13.1.2	Aus der Perspektive der Soldaten.....	210
13.2	Zwei Tabuthemen	211
13.2.1	Sexualität	211
13.2.2	Verwundung und Tod.....	213
13.3	Akzeptanz ohne Verbindlichkeit.....	214
13.3.1	Umfragedaten	215
13.3.2	Erklärungen.....	217
13.4	Politische Prioritätensetzung.....	218
13.4.1	Abwägungen.....	218
13.4.2	Humanitäres Engagement und nationales Interesse	219
14	Fallbeispiel: Die Bundeswehr in Afghanistan	223

14.1	Der deutsche Militärbeitrag.....	224
14.2	Caveats	225
14.2.1	Eingengter Handlungsrahmen	226
14.2.2	Erklärungsversuche	227
14.3	Parlament und Öffentlichkeit	227
14.4	Der Schock vom 4. September 2009	229
14.5	Exit	230
14.5.1	Rückzug	231
14.5.2	Rückblick	232
	Literaturverzeichnis.....	237
	Lösungshinweise zu den Übungsaufgaben zum Selbststudium.....	253

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei!

Erster Teil: Grundlegung

1 Sicherheit, Sicherheitspolitik und organisierte Gewalt

Gibt man den Begriff *security* in die Suchmaschine von Google ein, erhält man binnen 20 Sekunden über vier Milliarden Verweise auf seinen Gebrauch in den verschiedensten Zusammenhängen. Bei dem deutschen Wort *Sicherheit* sind es erheblich weniger, was an zwei Gründen liegt. Erstens ist die Suchmaschine von Google im Deutschen so eingestellt, dass viele Begriffs-Verwendungen herausgefiltert werden. Und zweitens wird die internationale Debatte über Sicherheit, Sicherheitspolitik und die Aufgabe von Streitkräften bei der „Produktion von Sicherheit“ in der Hauptsache auf Englisch geführt.

Jedenfalls kann man unmöglich allen Begriffs-Verwendungen nachgehen. Aber dass Sicherheit im sozialen Alltag und in der Politik ein begehrtes Gut sowie in den Wissenschaften, nicht nur den Sozialwissenschaften, ein wichtiges Konzept ist, das überrascht nicht. Außerdem liegt auf der Hand, dass zu Zeiten eines dynamischen sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Wandels Sicherheit noch mehr als sonst nachgefragt wird. In solchen Zeiten leben wir. Und der von Unsicherheiten aller Art begleitete Wandel spielt sich heute überall auf dem Globus ab, wenn auch in den verschiedenen Regionen auf unterschiedliche Weise. Das hat vielfältige Konsequenzen, insbesondere auch für die wissenschaftliche Forschung über Sicherheit.

Sicherheit als sozialwissenschaftliches Schlüsselkonzept

1.1 Sicherheit als Zielwert

Beim systematischen Nachdenken über Sicherheit fällt schnell eine Eigentümlichkeit auf: Sicherheit ist einerseits ein überhistorisch-existentieller Begriff, der in den individuellen und kollektiven Lebenspraktiken der Menschen in allen Kulturen und Gesellschaftsformen eine Rolle spielt. Andererseits ist, seit es den modernen Staat und das moderne Staatensystem gibt (das „Westfälische System internationalen Beziehungen“), der Sicherheits-Begriff gewissermaßen politisch-militärisch verengt worden. *Innere Sicherheit* bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die Aufrechterhaltung der festgelegten Ordnung innerhalb eines Staates. *Äußere Sicherheit* meint demgegenüber den Schutz vor einem Angriff auf den Staat von außen, also in der Regel durch einen anderen Staat.

Innere und äußere Sicherheit

Dieser in der Politik auf Staatenebene angesiedelte und im politischen Alltagsgeschäft der Politik auch meist immer noch in diesem Sinne gebrauchte Begriff von Sicherheit wird heute wiederum als zu eng empfunden, weshalb es seit gut zwei Jahrzehnten oder sogar noch etwas länger wieder eine Debatte über die Erweiterung des Sicherheits-Begriffs gibt. Diese Debatte berührt zwar auch die überhistorisch-existentiellen Aspekte von Sicherheit, zielt aber eigentlich auf etwas anderes.

Sehen wir uns diese drei Perspektiven auf den Sicherheitsbegriff und das, was sie gemeinsam haben, einmal näher an. Dabei erweist es sich als nützlich, den Begriff der Sicherheit zunächst einmal von seinem Gegenbegriff her in Augenschein zu nehmen – Unsicherheit.

1.1.1 Sicherheit, umfassend

Erste Perspektive: Das menschliche Leben, das individuelle, aber auch das von Familien, Organisationen, Staaten und schließlich auch von der Menschheit als Gattung stand und steht stets unter dem Schatten der Unsicherheit. Naturkatastrophen, Schicksalsschläge, heftige und die vorgebahnten Lebensverläufe durcheinanderbringende Konflikte können jederzeit in unser Leben eingreifen, unvorhergesehen und, wie man so sagt, aus heiterem Himmel. Diese Erfahrung existentieller Ungewissheit haben wir alle gemacht – Unsicherheit als eine anthropologische Konstante, jedenfalls im bisherigen Verlauf der Menschheitsgeschichte. Unsicherheit heißt letztlich: Nichtwissen über die Zukunft, über das, was uns erwartet.

existentielle Unsicherheit des Menschen

Dieser Sachverhalt hat eine zweite anthropologische Konstante zur Folge. Denn nichts ist verständlicher, als dass die Menschen, gleichviel in welchem kulturellen Umfeld und in welcher Zivilisation sie leben, danach streben, das Ausmaß ihrer Unsicherheit zu verkleinern, indem sie sich, wo immer und so viel es geht, Sicherheit verschaffen. Der Historiker Eckart Conze hat 2009 seinem Buch über die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland den Titel „Die Suche nach Sicherheit“ gegeben. Dieser Titel würde sich auch gut für eine Universalgeschichte der Menschheit eignen. Die klassischen europäischen Vorstellungen über Vergesellschaftung und den Beginn von Kultur und Zivilisation, die sogenannten Vertragstheorien von Philosophen wie Thomas Hobbes (1588-1679), John Locke (1632-1704) und Jean-Jacques Rousseau (1712-1778), beruhen auf dem Gedanken, dass der Mensch soziale Institutionen braucht, um seine Unsicherheit ein Stück weit zurückfahren zu können. Dass mit der Etablierung solcher Institutionen neue Unsicherheiten entstehen können, diese Einsicht hat allerdings auch nicht lange auf sich warten lassen.

permanente Suche nach Sicherheit

Im Grunde muss man aber noch viel weiter gehen – die Erkenntnis, dass das Leben jedes einzelnen nach einer gewissen Zeitspanne aufhört, die „äußere“ Erfahrung des Todes anderer, verbunden mit der erfahrungslosen Erwartung des irgendwann erfolgenden eigenen Sterbens, und die völlige Ungewissheit darüber, ob und wie es danach weitergeht, all das verbindet sich zu einer existentiellen Unsicherheit, welche die Menschen mit magischen Vorstellungen und mythischen Erzählungen von einer transzendenten Geister- und Götterwelt, aber auch mit den komplexen Theologien monotheistischer Religionen zu überwinden trachten. Es geht dabei immer um Sicherheit, die manchmal Geborgenheit heißt oder Gewissheit, und die über den Rahmen des irdischen Lebens hinausreicht. Im nächsten Kapitel wird der Begriff *securitization* vorgestellt werden, womit ein ganz junger Ansatz innerhalb der Internationalen Sicherheitsstudien gemeint ist. Dabei handelt es sich um politische Intentionen und Handlungen. Aber eigentlich umfasst er viel mehr, z. B. die Funktion von Religionen und ihrer Glaubenssätze, Riten und Handlungsanweisungen an die Gläubigen. Transzendente *securitization* sozusagen, wenn solch eine Hybrid-Formulierung ausnahmsweise einmal erlaubt ist. Gar nicht selten sind Religionen damit auch recht erfolgreich und verhelfen ihren Angehörigen zu einer über-individuellen Zuversicht. (Auch dies hat eine Kehrseite, nämlich wenn andere zur eigenen Zuversicht gewaltsam bekehrt werden sollen. Aber das steht auf einem anderen Blatt.)

Sicherheit und Transzendenz

1.1.2 Auf den Staat bezogen

Zweite Perspektive: Mit der Renaissance und der Reformation, bald auch der Aufklärung lockerte sich der im christlich-mittelalterlichen Europa festgefügte Kontext von Religion und Politik. Sicherheit erschien nun als ein Desiderat im sozia-

len Alltag des Hier und Jetzt, dem man nicht mit Versprechungen einer postirdischen Sicherheit näherkommen konnte. Ein umso dringenderes Desiderat, als gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen in Europa, und zunehmend auch darüber hinaus, komplexer wurden. Die Folge davon war eine wachsende Nachfrage nach Sicherheit – Eindämmung von physischer Gewalt und ihre Monopolisierung beim Staat, Festlegung und Durchsetzung von Normen, Regeln und Gesetzen mittels staatlicher Sanktionierungskraft, Ausbildung einer sachbezogen entscheidenden und handelnden Bürokratie. Im Aufstieg des modernen, säkularen Staates, er profitierte in Europa vom Ende der Religionskriege, wurde der Sicherheits-Begriff auf eben diesen Staat projiziert und konzentriert.

Der Staat sollte über den Anspruch auf das Monopol der physischen Gewalt (durchgesetzt von Polizei und Justiz) seinen Staatsbürgern *innere Sicherheit* gewährleisten. Mithilfe der Streitkräfte sollte er außerdem *äußere Sicherheit* herstellen, also in defensiver und offensiver Version den Schutz der Staatsbürger und der inneren Ordnung vor Bedrohungen von jenseits der eigenen Grenzen. Außerdem sollten die Staaten das wirtschaftliche Wohlergehen der Gesellschaft fördern, also ein Stück weit auch *soziale Sicherheit* schaffen und pflegen.

Im absolutistisch organisierten modernen Staat blieben die Auffassungen von innerer, äußerer und sozialer Sicherheit weitgehend herrschaftlich-paternalistisch. Wie ja überhaupt die inhaltlichen Vorstellungen über Sicherheit, Gleichheit, Freiheit und andere Eckwerte politischer Organisation nie unbeeinflusst geblieben sind vom jeweiligen Zeitgeist, von dem Johann Wolfgang von Goethe im „Faust“ bekanntlich behauptet hat, es sei im Grunde nur „der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln“.

Im Verlauf der weiteren Entwicklung moderner Staatlichkeit und durch den Aufstieg des makro-regionalen europäischen Systems der Staatenwelt zum globalen internationalen System der Gegenwart wurde Sicherheit zu einem immer mehr begehrten Gut. Allerdings mit einem besonderen Dreh. Unter dem Vorzeichen der Nationalisierung der Staatenwelt (= der Vorstellung, dass Völker mit einer eigenen kollektiven Identität, gleichviel worauf diese sich gründet, in einem eigenen Staat leben sollen, dem Nationalstaat) wird Sicherheit zur *nationalen Sicherheit*, und diese beansprucht Priorität vor anderen Werten. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts mit seinen beiden Weltkriegen und seine zweite Hälfte mit der nuklear abgestützten Bipolarität im Ost-West-Konflikt sowie den nationalen Befreiungskriegen in den ehemaligen europäischen Kolonien weist starke Tendenzen zur „Verstaatlichung“ des Sicherheitsbegriffs auf. Damit ging eine typische Blickverengung einher. Denn Sicherheit aus staatlicher Sicht war zentriert um das Militär als wichtigstem Sicherheits-Produzenten. In den Überlegungen und Vorbereitungen zum „totalen Krieg“, aber auch im nuklearen Wettrüsten sowie, allerdings in anderen Formen, in den Partisanen- und Guerillastrategien der Entkolonialisierung spielten das Militär und der über dieses Instrument verfügende Staat, der existierende oder der zu errichtende, die entscheidende Rolle. Es ging immer um *seine* Sicherheit, die durch Instrumente organisierter Gewalt hergestellt, ausgeweitet, gefestigt werden sollte. Nun ist „der Staat“ keine Person. Also muss man „seine Sicherheit“ übersetzen als Sicherheit der Herrschaftsordnung, der Verfassung und aller institutionellen Säulen, die den Staat tragen.

Sicherheit als Staatsaufgabe

Sicherheit für die Herrschaftsordnung im Staat